

52 000 Einsprüche gegen Bahnpläne

Bürgerinitiative ist von der großen Solidarität selbst überrascht / Salomon: „Die Bahn wird die Trasse so nicht bauen können.“

VON UNSERER MITARBEITERIN
BEATE BEULE

Damit hatte niemand gerechnet: Beim Regierungspräsidium sind bis zum letzten Tag der Einspruchsfrist am 3. Dezember fast 52 000 Protestschreiben gegen die Planungen der Deutschen Bahn AG zum Ausbau der Rheintalbahn eingegangen. Selbst die Bürgerinitiativen hatten nur auf 30 000 Unterstützer gehofft.

Die Zahlen schnellten gestern fast stündlich in die Höhe. Bis zum Donnerstag mussten die Einwendungen beim federführenden Regierungspräsidium (RP) sein – und sogar noch in der Nacht warfen Menschen Einwendungen in den Briefkasten des RP. Da es außerdem Sammelstellen an anderen Orten der Stadt gab, war es für die Verantwortlichen schwierig, einen Überblick über die Zahlen zu bekommen. Donnerstagabend ging das RP zunächst von 35 000 Einwendungen aus – selbst das wäre schon besser gewesen als erwartet. Gestern Mittag berichteten die Bürgerinitiativen dann von 44 000 Einwendungen, wenig später war die offizielle Zahl klar. „Ich bin platt“, kommentierte Adalbert Häge von der Bürgerinitiative Igel: „Damit hätte ich niemals gerechnet.“ Denn noch vor einigen Tagen hatte das Rathaus von erst 20 000 Einwendungen gesprochen. Dass die Menschen erst am Ende der Frist aufwachten, habe sich aber auch in den an-

deren Planungsabschnitten gezeigt, sagt Häge: „Das ist die badische Trägheit.“ Auch er selbst habe erst am Mittwochabend seine Einwendung geschrieben.

„Das ist ein Superergebnis“, kommentierte auch Oberbürgermeister Dieter Salomon. Es mache deutlich, wie groß die Ablehnung gegen das Projekt sei: „Der politische Druck wächst, die Bahn wird die Trasse so nicht bauen können.“ Mit den Freiburger Unterschriften sind entlang der neuen Güterbahnstrecke zwischen Offenburg und Basel insgesamt mehr als 170 000 Einwendungen zusammen gekommen. Es sieht so aus, als ob etliche der in Freiburg eingegangenen Unterschriften von Betroffenen aus anderen Planungsabschnitten stammen, die sich solidarisch zeigten. Schließlich ist in Freiburg selbst das Problem gar nicht so groß: Die Innenstadt wird durch den Bau der neuen Trasse sogar entlastet – anders als in Offenburg, wo die Güterzüge mitten durch die Stadt brausen sollen.

In Freiburg sind nur knapp 30 000 Menschen direkt von den Planungen betroffen – und vor allem diese setzten in den vergangenen Wochen alles daran, dass möglichst viele Unterschriften zusammen kommen. So stammen beispielsweise allein 10 000 Einwendungen aus dem nur 5000 Einwohner starken Freiburger Ortsteil Hochdorf. Dort hat Ortsvorsteher Christoph Lang-Jakob außerdem angekündigt, einen „Prozess-Pool“ gründen zu wollen, mit dessen Geld diejenigen Anwohner unterstützt werden sollen, die gegen die Pläne der Deutschen Bahn klagen wollen.

Das Regierungspräsidium wird alle Einwendungen prüfen und bei einem Erörterungstermin mit den Bürgern diskutieren. Wann dieser stattfindet, steht noch nicht fest, gerechnet wird mit einem Termin frühestens Ende nächsten Jahres.



Mehr zum Thema unter www.badische-zeitung.de/rheintalstrecke